

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Bei der Reichstagswahl geht's um Lohn und Freiheit der Arbeiterklasse!

Viermal in diesem Jahre schon hat das deutsche Volk politisch gewählt. Jetzt soll es das fünfte Mal wählen. Bei jeder dieser Wahlen wurde den Wählern eingeschärft, daß es um die höchste, um die letzte Entscheidung ginge. Wenn aber die Wahl vorbei war, stellte es sich heraus, daß noch gar nichts entschieden worden war, auch nichts entschieden werden konnte, weil die neue Volksvertretung noch weniger als die alte zu regelrechtem Arbeiten kam. Die Parteien, die sich am aufdringlichsten als die wahren Verfechter des Volkes und seiner Rechte aufspielten, die Kommunisten und die Nationalsozialisten mit ihrem Anhang, fanden sich herzbrüderlich zusammen, die Tätigkeit der Volksvertretung zu hemmen oder zu diskreditieren. Streng genommen kann man dies den beiden Parteien auch nicht zum Vorwurf machen, denn beide sind ja die geschworenen Feinde der Demokratie. Beide sind stramme Verfechter der Diktatur, und dank dem Bestreben beider nach ihrer eigenen Diktatur haben wir die Diktatur der Barone.

In der Wählerschaft hat eine starke Gleichgültigkeit Platz gegriffen. Immer wieder kann man hören, das Wählen habe ja doch keinen Zweck mehr, weil die Reaktion ja doch mache, was sie wolle. Diese Meinung, so falsch sie auch ist, ist schließlich zu verstehen. Wenn man sieht, wie schamlos manche Parteien und Volksvertreter das oberste Recht des Bürgers mißachten und wie sträflich sie mit dem ihnen durch die Bürger gegebenen Auftrag umspringen, kann es nicht wundernehmen, daß bei vielen Bürgern der Glaube an die Nützlichkeit der Demokratie und des Wählens schwindet.

Allerdings muß dabei auch ausgesprochen werden, daß viele Wähler an der beklagten Mißlichkeit selbst schuld sind. Vielzuviele von ihnen haben ja ihre Stimmen den Parteien gegeben, die auf Demokratie und politische Rechte pfeifen. Wer Saboteure wählt, darf sich über Sabotage nicht beklagen.

Der kapitalistischen Herrschicht kommt die Gleichgültigkeit der Wähler vortrefflich zupass. Das ist es ja, was sie inbrünstig ersehnt. Sie strebt ja eifrig danach, dem Bürger das Wählen, das Wahlrecht, die Demokratie zu verckeln. Die politische Gleichgültigkeit der Masse bildet einen soliden Grund für die Alleinherrschaft der Herrschicht. In dieser Hinsicht haben ihr die diktatorischen Parteien vorzüglich vorgearbeitet. Die Herrschicht ist dabei, die Vorarbeit zu vollenden. Gerade darum darf sich der Bürger, der noch einen Pfifferling auf politische Freiheit und Recht gibt, nicht von der Gleichgültigkeit übermannen lassen, sondern muß unbedingt am 6. November zur Urne gehen und — was ebenso unerlässlich ist — den richtigen Stimmzettel abgeben.

Der am 31. Juli erkorene Reichstag wurde bald wieder von der Regierung der Barone heimgeschickt. So heftig über die Rechtmäßigkeit der Heimschickung gestritten wurde, über ihre Ursachen ist man sich einig: Die Regierung hatte allen Grund zu der Annahme, daß die Volksvertretung ihr das Vertrauen verweigern werde. Da der Regierung die Autorität vom Parlament oder Volk fehlt, holt sie sich sie kurzerhand aus der Stratosphäre. Sie verkündet, daß sie ihre Autorität von Gott oder Gottesglauben habe oder vom Interesse einer wahrhaft christlichen Volksgemeinschaft getragen werde. Sehr luftige Grundlagen, wie man zugestehen muß, deren Nachprüfung selbst dem Stratoforscher Piccard nicht gelingen dürfte. Aber so war es immer: wenn eine jeden Anhangs im Volke bare Herrschicht eine dicke Sache besorgen wollte, mußte sie sich das Recht dazu von himmlischen Mächten holen, weil es von irdischen Mächten bestimmt nicht zu erlangen gewesen wäre.

Bei der Regierung der Barone ist es nicht anders. Seit fünf Monaten erfreuen wir uns ihrer. Sie ist, das muß ihr der Neid lassen, recht geschäftig gewesen. Sie hat Spritzfahrten in alle Gebiete des menschlichen Lebens gemacht, hat den Invaliden und Arbeitslosen die karge Unterstützung kräftig gekürzt und Unternehmer und Großgrundbesitzer mit Milliardenbesuchen bedacht; sie hat den ostelbischen Junkern die Beschränkung der Einfuhr agrarischer Erzeugnisse zugestanden und die ausländischen Abnehmer deutscher Industrieprodukte auf die Suche nach neuen Lieferanten getrieben; sie hat den „Wehrgedanken“ rücksichtslos gepflegt und jenseits der Grenzen das Vertrauen zu Deutschland bis auf die Wurzeln ausgerodet; sie hat Millionen Rundfunkhörer durch Militärmärsche höllische Begeisterung für den alten Kasernenstaat beigebracht und den an Luft und Sonne sich erfreuenden Menschen mit dem brachtvollen Zwickel beglückt.

Das ist gewiß viel, aber doch nur erst der karge Anfang. Die Regierung will sogar die Wirtschaftskrise beseitigen, die Verfassung der Republik so ändern, daß eine autoritative Reichsregierung aber auf föderativer, kollegialischer Grundlage gebildet werden kann, außerdem will sie allgemeine Beruhigung schaffen, indem sie — so wie bisher im Reden und Handeln fortfährt.

So steht uns denn noch allerhand bevor. Indessen sind wir der Meinung, daß die Bescherung schon mehr wie genügend ist. Denn jede proletarische Hausfrau spürt die Tätigkeit der vom Himmel autorisierten Regierung an ihrem Wirtschaftsgeld, jeder Lohnarbeiter an der Lohntüte, jeder Gewerkschafter an der Aushöhlung des Tarifrechts, jeder Erwerbslose an den ihm abgeklopften Brotrinden, jeder Rundfunkhörer an der zwangsweisen Verblödung durch Kasernentöne, jeder Kulturmensch an dem brachtvollen Zwickel, jeder freiheitliebende Mensch an der Einschränkung des Wortes sowie an der Vorarbeit für den Obrigkeitsstaat.

Bei der Erinnerung an die vielgestaltige Bescherung darf man nie vergessen, wem wir sie eigentlich verdanken. Wir wissen aus ganz unverdächtigter Quelle, daß die Herren Barone auf den Rücken der Nazis in die Amtlichkeit geklettert sind. Die Nazis haben diese Regierung ermöglicht und toleriert, weil diese Regierung den Nazis manches ermöglicht und viel toleriert hat. Bei jedem Schlag, den diese Regierung führt, sollte immer daran gedacht werden, wer letztens dafür verantwortlich ist.

Nazis und Barone liegen sich zwar seit einiger Zeit in den Haaren. Doch täusche man sich nicht über diese Spiegelfechterei. Im Grunde sind sich beide vollständig

einig. Jede Seite will die Alleinherrschaft, will möglichst viele politische Posten und einen recht hohen Anteil an materieller Beute. Jede Seite dient der nämlichen Sache und dem gleichen Haufen, nämlich dem Kapitalismus und seiner Nutznießerschaft. Nazis und Barone werden sich schmezzend in den Armen liegen, sobald sie über die Größe des Anteils an der Beute einig geworden sind. Und das dürfte viel eher der Fall sein, als gemeinhin angenommen wird.

Beide, die Nazis wie ihre Barone, wollen den bankrotten Kapitalismus weiterfüttern. Das kann nur auf Kosten der Arbeiterklasse geschehen. Darum gehen beide gegen die Arbeiterklasse vor, die einen mit der vom Großkapital bewehrten Faust, die andern mit Notverordnungen, die die Löhne wie die sozialen Unterstützungen kürzen. Darum streben beide nach der „autoritären Regierung“, um die sich empörende Arbeiterklasse in Schach halten zu können.

Dem hohen Ziel der Reaktion würden wir einen verhängnisvollen Schritt näher sein, wenn Nazis und Barone am 6. November einen Erfolg buchen könnten. Das wird, wie wir glauben voraussagen zu können, bestimmt nicht der Fall sein. Allein, damit ist es noch nicht getan. Der 6. November muß einen Erfolg der Sozialdemokratie, der tatkräftigsten demokratischen Partei, unter allen Umständen bringen. Je eindrucksvoller ihr Erfolg, desto eher die Hoffnung, der Bedränger der Arbeiterklasse ledig zu werden.

Man halte aber mit der Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels seine Pflicht nicht für erfüllt. Die Zeit bis zur Wahl ist allerwärts zur Aufrüttelung der Wähler und Wählerinnen zu benutzen. Eine wahrhaftige Volksbewegung muß bis zum 6. November entfacht werden. Bis ins hinterste Dorf und in jeden Haushalt muß die Stimme der Sozialdemokratie, das ist die Stimme der Freiheit, schallen. Der letzte Mann und die letzte Frau muß am 6. November an die Urne gebracht werden

für die Sozialdemokratie!

Brotkrumen als Wahlspeck

In ihrer Antrittserklärung hat das Kabinett derer von Papen betont, man solle sie nach ihren Taten beurteilen. Wenn das die unteren Volksschichten tun, fällt das Urteil niederschmetternd aus. Das mag die Regierung wohl selbst fühlen, und ihre außergewöhnliche Geschäftigkeit im Reden, Besuchen, Bilderstehen und Weissagen soll wohl über das Manko ihrer positiven Tätigkeit hinweghelfen. Da das nicht recht gelingen will, hat die Regierung wiederholt verkündet lassen, daß sie verschiedene Härten in der sozialen Fürsorge mildern werde. Unnötig hervorzuheben, daß man auf die Erfüllung der erbaulichen Verheißung gespannt war. Die Erfüllung ist nun tatsächlich eingetroffen. Man vernehme:

Eine „Verordnung zur Ergänzung von Sozialleistungen“ bringt, um zunächst das Wesentliche anzuführen, bis zum 1. April 1933 eine wöchentliche Zulage zur Arbeitslosenunterstützung. Es sollen Arbeitslose in den Lohnklassen 1 bis 6, die einen Familienzuschlag bereits beziehen, je nach der Zahl der zuschlagsberechtigten Angehörigen eine Zulage von 2 bis 4 M wöchentlich erhalten. Arbeitslose in den oberen Lohnklassen erhalten diese Zulage nicht. Aber auch bei den anderen Arbeitslosen muß gefragt werden, ob die Zulage jeweils praktisch in Erscheinung treten wird, da ja trotz der Vorschrift der Verordnung, daß die Zulage bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit außer Betracht bleiben soll, niemand die feststellende Gemeinde zwingen kann, nach dieser Verordnung wirklich zu handeln.

Als weitere „Ergänzung sozialer Leistungen“ ist bei der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ein Härtefonds in der Höhe von sage und schreibe 8 Millionen M errichtet worden. Das ist bei der Arbeitslosenunterstützung alles.

In der Krankenversicherung hatte die Notverordnung vom Dezember 1931 die Mehrleistungen praktisch beseitigt. Die neue Verordnung will zulassen, daß Krankenhauspflüge für Familienangehörige und die Erhöhung des Hausgeldes auf den Satz des Krankengeldes durch die Satzung wieder erfolgen kann, allerdings mit der die praktische Wirkung dieser Vorschrift wieder aufhebenden Einschränkung, daß Entschädigungserhöhungen für diese Zwecke nicht erfolgen dürfen.

So gut wie nichts geschieht in der Unfallversicherung, da ja die Vorschrift der Verordnung, daß Unfallrenten für Unfälle nach dem 31. Dezember 1932 nicht gekürzt werden sollen, nur der Tatsache Rechnung trägt, daß die Löhne seitdem bereits ins Unerträgliche gesenkt worden sind.

Die angebliche Milderung für die Kriegsoffer in der neuen Verordnung stellt sich ebenfalls bei näherem Zusehen als eine fast inhaltslose Deklamation heraus. Nach der Verordnung sollen beim Zusammentreffen von Versorgungsbezügen der Kriegsoffer mit Sozialrenten 25 M im Monat von der Anrechnung frei bleiben. Bisher ruht zum Beispiel eine Invalidenrente von 40 M, wenn sie mit einer Kriegsofferrente von 80 M zusammenfällt. In Zukunft bleiben von der Versorgungsrente 25 M anrechnungsfrei; die Invalidenrente ruht aber trotzdem, da ja die verbleibenden 55 M Versorgungsrente immer noch mehr als die Invalidenrente aus-

machen. Nur in den ganz seltenen Fällen, in denen durch den anrechnungsfreien Betrag die Versorgungsrente unter die Sozialrente sinkt, kann ein Teil der Sozialrente gezahlt werden.

Ebensowenig praktische Bedeutung hat die Vorschrift der Verordnung, die den Selbstverwaltungen in der Rentenversicherung die Möglichkeit schafft, die gesetzlichen Regelleistungen durch freiwillige Mehrleistungen zu ergänzen.

Daß in der Invaliden- und in der Knappschaftsversicherung solche Ergänzungen der Regelleistungen nicht möglich sind, liegt auf der Hand. Für die Angestelltenversicherung bestand diese Vorschrift bereits seit der letzten Notverordnung. Dabei könnte höchstens die Vorschrift, daß die Einführung von Mehrleistungen unzulässig ist, wenn sie die Deckung der Regelleistungen gefährden, zu einer Verhinderung der Durchführung selbst der nicht sehr erheblichen Beschlüsse führen, die der Verwaltungsrat der Angestelltenversicherung bereits gefaßt hat.

Wieviel die sämtlichen „Ergänzungen von Sozialleistungen“ in Mark ausmachen, wird sich kaum genau feststellen lassen. Die Angaben schwanken zwischen 50 und 70 Millionen. Leider verteilt sich die Summe auf Millionen Menschen oder Fälle; sie stellen bei diesem furchtbaren Massenelend nicht einmal den Tropfen auf einem heißen Stein dar.

Um die ganze Größe der obrigkeitlichen Freigebigkeit der Arbeiterschaft gegenüber ermessen zu können, muß man sich vergegenwärtigen, daß kürzlich erst das unendlich viel weniger zahlreiche Unternehmertum mehr als zwei Milliarden erhielt. Ferner und besonders muß man sich vergegenwärtigen, daß die Regierung in ihrer ersten Notverordnung die sozialen Leistungen um nicht weniger als 1500 Millionen M gequetscht hat. Von dieser Summe wird den armen Teufeln nun ungefähr ein Fünftelzwanzigstel als — Ergänzung der sozialen Leistungen in Aussicht gestellt.

Einen dicken Laib Brot hat man den Ärmsten der Armen vor einiger Zeit genommen — einige Krumen von diesem Laib gibt man ihnen jetzt wieder zurück. Und zwar kurz vor der Wahl. Es will uns bedünken, daß diese Krumen denn doch zu dürrig sind, um als Wahlspeck dienen zu können. Nach ihren Taten will die Regierung der Barone beurteilt werden. Das Urteil wird ihren Taten entsprechen.

Aus dem Inhalt

	Seite
Bei der Reichstagswahl geht's um Lohn und Freiheit der Arbeiterklasse — Brotkrumen als Wahlspeck	259
Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich — O, dieser christliche Standpunkt — Niedergang der Tariflöhne	260
Eine nationalistiche Rittergutbesitzerin — Stahlbad Anno 17	261
An alle Arbeiter! — Kollege — wo bleibst du? — Eine dringende Aufgabe — Zu unserer Jugendarbeit	262
Warnung der Gewerkschaften	263

Tut alle am 6. November eure Pflicht: Wählt Liste 2

O, dieser christliche Standpunkt

Dem derzeitigen Reichskanzler, dem katholischen Herrn v. Papen, kommt die Betonung des christlichen Standpunkts dünnflüssig über die Lippen. Seine Politik betreibt er, wie wir etliche Male von ihm vernommen haben, nur um einer wirklich christlichen Volksgemeinschaft willen. Wir würden uns wundern, wenn er es nicht so machte. Das haben seine Artverwandten immer so gemacht. Die Kreuzzüge, der 30jährige Krieg, der Aufstand der Vendée, die heilige Allianz, die zahlreichen Kriege und die Konterevolutionen — all das wurde vom christlichen Standpunkt aus gerechtfertigt. Bei dem letzten großen Völkermord, dem Weltkrieg, wurde auf beiden Seiten von den christlichen Priestern für den Waffenruhm gebetet. Und wir sind fest überzeugt, daß auch der gut christliche Reichskanzler Dr. Brüning jede Notverordnung, die den Arbeitern und Invaliden die Brotkrumen kürzte, als vom christlichen Standpunkt gerechtfertigt erklärt hat. Warum sollte es sein konfessionsverwandter Nachfolger anders machen?

Allein, das geht einem Teil der katholischen Geistlichkeit wider den Strich. Die in den katholischen Arbeitervereinen tätigen Diözesanvorsitzenden befürchten, daß dadurch das Christentum gefährdet werden könne. Sie glauben feststellen zu müssen, daß eine so tiefe Unruhe und Verbitte- rung wie gegenwärtig noch nie in der Arbeiterschaft geherrscht habe. Deshalb sind sie um das Christentum sehr besorgt. Sie schreiben in ihrem Warnbrief weiter: „Darum fühlen wir uns im Gewissen verpflichtet, Ihnen (v. Papen) gegenüber als unsere feste Überzeugung auszusprechen: Auf diesem Wege können Sie unserem Vaterlande nicht dienen. Zur Durchführung Ihres Wirtschaftsprogramms haben Sie sich die Ermächtigung geben lassen, den in 60 Jahren aufgerichteten Bau des Arbeiterschutzes, der Arbeitsverfassung, der gesamten sozialen Einrichtungen umzugestalten, umzuändern und abzubauen. Mit alledem haben Sie nicht der Privatinitiative, sondern dem Kommunismus die „Chance“ gegeben. Noch vor kurzem war er auf absteigender Linie. Heute steigt seine Kurve mit all den verhängnisvollen Gefahren für Staat und Volk... Beachten Sie die warnenden Beispiele der Geschichte. Es genügt nicht, die Christlichkeit einer autoritären Regierung immer wieder zu betonen. Das ist um so folgenschwächer, als dadurch in weiten Kreisen des Volkes der Eindruck entstehen muß, als sollten auf diese Weise bestimmte Zwecke und Interessen verdeckt werden. Wir als Seelsorger befürchten, daß einmal Christentum und Kirche entgelten müssen, was eine falsche Zweckpolitik verdorben hat.“

Es ist wahrhaftig erfreulich, daß nun sogar katholische Geistliche herausfinden, daß dadurch, daß ihr Glaubensgenosse v. Papen zum bessern Gelingen seiner Pläne das Christentum anruft, „der Eindruck entstehen muß, als sollten auf diese Weise bestimmte Zwecke und Interessen verdeckt werden“. Nur ein derartiger Eindruck soll entstehen? Nee, noch viel anderes. Es ist schade, daß die Geistlichen erst heute die Entdeckung machen. Vor dem Geschäftsbeginn des Herrn v. Papen scheinen sie wirklich nicht aufgepaßt zu haben.

Selbstgefertigte Schwurzeugen

Die Bergwerks-Zeitung läßt hier und da in ihren Spalten Proletarier aufmarschieren, die für die Anschläge des Ausbeutertums auf die Arbeiterschaft so etwas wie eine Rechtfertigung liefern müssen. Also Proletarier, die es begrüßen, daß sie Stoßschläge auf Magen und Schädel bekommen! So marschieren in Nr. 191 des schwerindustriellen Blattes ein Angestellter auf, der der Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit um zwei Stunden — man bedenke, in der heutigen Zeit, wo selbst die Regierung die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit einräumt — zustimmt. Dann schreibt das Unikum von einem Angestellten weiter:

„Tun wir das nicht, so zwingen wir uns selbst — trotz allen Dagegenredens — immer mehr zur Autarkie. Und wenn wir darin nicht zusammenbrechen, so werden wir das nur der Arbeitsdienstpflicht zu verdanken haben. Denn die Arbeitsdienstpflicht muß kommen. Sie wird mehr sein, als ein ideales Erziehungsmittel für die Jugend. Sie wird politische Gegensätze überbrücken; sie wird nicht nur Kulturboden, sondern auch andere Kulturwerte schaffen; eine Befruchtung der gesamten Wirtschaft wird von ihr ausgehen, selbst auch dann, wenn sie einmal über den Rahmen der zusätzlichen Arbeiten hinausgehen sollte. Ich möchte die Arbeitsdienstpflicht mit der Eisenbahn vergleichen. Wie ist zur Zeit Friedrich Lists das Eisenbahnsystem bekämpft worden! Und doch hat erst die Eisenbahn den gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglicht. Und so wird auch jetzt die Arbeit als Pflicht den Widerstand ermöglichen, besonders in Verbindung mit einer allgemeinen Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohn- und Gehaltserhöhung.“

In Nr. 216 läßt das Blatt gar einen Kali-Bergmann antreten, der sich wie folgt vernehmen läßt:

„Wir deutschen Arbeiter glauben, daß es nicht mehr allzu lange dauert, bis das deutsche Unternehmertum sich von den Fesseln, die ihm durch den Tarifvertrag auferlegt worden sind, von den Gewerkschaften befreit und jedem deutschen Arbeiter wieder Brot und Arbeit gibt; denn Deutschland wird in Zukunft nicht mehr, wie bisher, Arbeiter und Arbeitgeber kennen, wo jeder im anderen seinen Todfeind sieht, sondern es wird nur einen deutschen Volksgenossen, ohne Klasse, Menschen des Gemeinschafts- und Volkstaates geben, wer auch ihr Führer sei...“

Uns dünkt, der Trick der Bergwerks-Zeitung ist ein wenig zu plump. Soll er Gläubige finden, dann muß es die Schriftleitung geschickter andrehen. Denn Arbeiter, die solchen Kavaliers- produzierer, gibt es bestimmt nicht mehr, weil sie längst in ein Panoptikum gestellt worden sind.

Der letzte Lahusen freigelassen

Vorigen Sommer brach die Norddeutsche Wollkammerei zusammen. Die Ursachen des Bankrotts sind unzählige Schlamereien der Leiter der Firma, Verschwendung von Millionen, Verschlebung von Kapital, Bilanzverschleierung und dergleichen. Zahllose Leute haben ihr Geld verloren, eine Masse Arbeiter ihr Brot. Der Zusammenbruch, der die beispiellose Verleumdung deutscher Kapitalisten aller Welt offenbarte, hat dem deutschen Ansehen gewaltig geschadet. Dieser Bankrott zog eine Reihe von Untertanen mit in die Tiefe.

Die Herren dieser Firma sind die Gebrüder Lahusen. Mächtige Stützen der Gesellschaft. Gleichzeitig auch eifrige Förderer der Nazis; in ihnen prunkhaften Schloß waren die „aufbauwilligen Kräfte“ wie dabei. Am 18. Juli wurden die Brüder G. C. und Heinz Lahusen verhaftet. Der letztere wurde ein paar Monate später wieder freigelassen, der andere dieser Tage, nachdem er 1 Million Mark Kaution gestellt hat. Diese Riesensumme wurde für den Bankrottler in wenigen Stunden aufgebracht, und zwar von Rechtsanwälten, Bankiers, einem hohen Militär und dem Präsidenten der Bremer Handelskammer. Gesetzlich ist ein Arbeiter, der durch die Liquidation der Lahusen um Stellung und Brot gekommen ist, würde ein Brot stehlen. Glaubt jemand, er würde ebenso günstig behandelt werden wie der Bankrottler Lahusen? O, die kapitalistische Presse würde scharflich plündern über die Verkommenheit der Arbeitlosen, und Staatsanwalt und Polizei würden sich behende an die Arbeit machen.

Was nun werden die Lahusen prozessiert werden? Das mögen die Götter wissen. Aber verlaßt euch nur auf die Justiz. Sie wird sicherlich tun, was sie für ihre Pflicht hält. So splendide Kostgeber der Nazis sind doch keine zünftige Sache.

Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich

Krupp und Thyssen werden Betriebsräte

Lange Zeit hüllten sich die Hakenkreuzler, wenn man von ihnen über das übliche Geschimpfe hinaus ihr Programm erfahren wollte, in geheimnisvolles Schweigen. Namentlich in Wirtschaftsfragen war meist nicht viel anderes herauszukriegen, als daß im Dritten Reich Milch und Honig fließen werde. Wie man das erreichen wolle, nun, das sollte eben das Geheimnis des großen Führers sein.

Als sich die Fragen häuften, mußte man doch ein wenig deutlicher werden, um die Massen nicht vorzeitig mißtrauisch zu machen. Zu den allgemeinen Theorien, etwa über die „Brechung der Zinsknechtschaft“ (von Goebbels freilich mit Recht „Federscher Unsinn“ genannt), kamen gelegentlich Erläuterungen von Feder, dann eine ausführliche Darstellung von Reupke, die allerdings nicht viel mehr als eine Nachäffung des „korporativen“ Schwindels im faschistischen Italien enthält. Nun aber veröffentlicht ein „Fachmann“, das Mitglied des „Reichswirtschaftsrates der NSDAP“, Dr. Alfred Pfaff, eine Schrift über den „Wirtschaftsaufbau im Dritten Reich“. Wir greifen gespannt danach, um endlich Näheres über die Wirtschaftspläne der Tausendsassas vom Hakenkreuz zu erfahren.

Da wird zunächst einmal der Unsinn, den die Naziagitatoren den unwissenden ostelbischen Bauern einreden, als wichtige Parteilehre bestätigt: Schuld an der deutschen Not ist nach dem nationalsozialistischen „Fachmann“ natürlich außer den Juden die böse Weltwirtschaft; sie „zwingt die Völker unter naturwidriger Verfälschung ihres inneren Wesens zur Abnahme ihrer Erzeugnisse“ (Seite 5). In Hinkunft möge also offenbar auch der deutsche Farben- oder Maschinenfabrikant ja nicht andere Völker „zwingen“, seine Erzeugnisse zu kaufen. Lieber möge er zusperrn, nicht wahr? Dann aber steigen dem braven Patrioten doch einige Bedenken auf: Daß auf deutschem Boden etwa Kautschuk oder Baumwolle wachsen werde, ist am Ende doch nicht einmal im Dritten Reich sicher; es wäre am allerwenigsten für den Osaf verlockend, auf eisernen Autoreifen zu fahren oder Brennstoffe zu tragen wie während der „Autarkie“ im Weltkrieg. Aber rasch ist der Stein der Weisen gefunden: Das Deutsche Reich muß eben eine „aktive Kolonialpolitik“ betreiben. Es möge etwa rasch die holländischen Südseeinseln und Ägypten annekieren, „um dort auf deutschem Boden (!) durch deutsche Arbeitsleistung deutsche Rohstoffe zu gewinnen“ (Seite 11). Und wie wäre es, wenn man etwa zur Sicherung der Kupferzufuhr auch aus den Vereinigten Staaten von Amerika „deutschen Boden“ machte? Dann wäre offenbar die Einfuhr überseeischer Waren nicht mehr „naturwidrig“!

Aber vor allem soll natürlich die „Befreiung“ von der Weltwirtschaft dem deutschen Bauern helfen. Es heißt, koste es, was es wolle, „den Ertrag des Bodens bis zur Bedarfsdeckung zu steigern“. Wie man das macht? „Moore und Ödländereien sollen nutzbar gemacht, die Kahlhänge unserer Berge sollen aufgeforstet werden“. Woher man das Geld zu alledem nimmt? Nun, mit solchen Lappalien wird sich doch ein völkischer Erneuerer nicht abgeben. Außerdem hat man doch die famose Arbeitsdienstpflicht, die einen der Sorge um menschenwürdige Löhne enthebt.

Wie aber, wenn der vorhandene Boden trotz allem nicht ausreicht? Und er wird nicht ausreichen, denn das einfachste Mittel zur Intensivierung der Landwirtschaft, die Enteignung des feudalen Großgrundbesitzes, hat der brave Nationalsozialist natürlich vergessen. Für diesen Fall ist die „nationale Außenpolitik“ da: „Auf Jahrzehnte vorausschauend, hat sie ihren Blick auf alle Gebiete jenseits unserer Grenzen zu richten, die in späterer Zeit einmal eine Möglichkeit bieten können, die Er-

nährung des in der Zahl gewachsenen deutschen Volkes sicherzustellen.“ Auch hier öffnet man also sklavisch den „welschen“ Faschismus nach, der bekanntlich ebenfalls für eine schrankenlose Volksvermehrung eintritt, um genügend Menschen zur „Landesverteidigung“ zu haben, und dann mit dem Hinweis auf die vermehrte Bevölkerung einen „Platz an der Sonne“, lies imperialistische Eroberungen, fordert. Und wenn sich etwa das böse Polen (für dessen nationalistische Rüstungshetze natürlich solche Naziprogramme Wasser auf die Mühlen sind) nicht so ohne weiteres damit abfinden wird? Nun, dann muß eben „von unserem Standpunkt aus das Recht anders gearteter Menschen zurücktreten“. Wenn dann diese „Wirtschaftspolitik“ skrupelloser Kriegshetze Deutschland abermals einer Welt von Feinden gegenüberstellen wird, dann kann man sich ja wieder auf irgendeinen „Dolchstoß“ ausreden!

Wohl das Glanzstück des Programms aber ist der Umbau des Betriebsrätewesens. Zwar hat Hitler in dem Gespräch mit Otto Straßer (Mai 1930) kühl erklärt: „Mit welchem Recht verlangen die Leute Anteil am Besitz oder gar an der Leitung?“ Aber seither hat man gelernt, sich diplomatischer auszudrücken. In den Betriebsräten sollen also nach Dr. Pfaff — auch die Unternehmer vertreten sein. Man stelle sich einmal Krupp oder Thyssen vor, wie er als Mitglied des Betriebsrates fürsorglich die Interessen der Arbeiterschaft wahrnimmt. Dabei wird allerdings jeder der Herren viel zu tun haben, wenn er im Betriebsrat jeder von ihm beherrschten Unternehmung mitreden will. Sehr anstrengen wird er sich dort andererseits nicht müssen, da dann der Betriebsrat ohnehin keine Entscheidungen durch Mehrheitsbeschluß fällt (S. 14). Auf deutsch gesagt: Mit oder ohne Betriebsrat kann der Unternehmer tun, was er will! Dies um so mehr, als beim Arbeitslohn „jede Gleichmacherei, wie sie nach 1918 versucht, inzwischen allerdings wegen ihrer Undurchführbarkeit (!) vielfach wieder aufgegeben wurde, zu verwerfen ist“ (S. 18). Während der Grundsatz des marxistischen Sozialismus lautet: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen, heißt es im Dritten Reich grob materialistisch, ganz im Sinne der kapitalistischen Ideologie: „Für die Höhe der Entlohnung muß die Leistung Grundsatz bleiben.“ Analog ist man natürlich gegen „die Abtötung des naturgegebenen, gesunden Selbsterhaltungstriebes“ durch die Krankenkassen und gegen das „Ausbeutertum von unten“ in der Arbeitslosenversicherung!

Im Handumdrehen wird das Dritte Reich mit der Arbeitslosigkeit fertig werden. Pfaff geht noch von einer Zahl von 4 Millionen Arbeitslosen aus, aber sein Rezept läßt sich auf jede beliebige Ziffer anwenden: 1 Million wird durch die Arbeitsdienstpflicht beschäftigt (allerdings umsonst!); für eine halbe Million Frauen werden Männer eingestellt (die dann vermutlich die abgebauten Frauen heiraten werden!), und außerdem werden 600 000 Ausländer und Parteibuchbeamte entlassen (daß dafür die im Ausland entlassenen Deutschen zurückkehren und mindestens doppelt so viele Nazi-Parteibuchbeamte geschaffen werden, wird man doch nicht ins Programm nehmen). Macht zusammen 2 Millionen Arbeitsstellen, und die Neubeschäftigten werden so viel kaufen, daß davon zwei weitere Millionen Arbeit bekommen. Schluß, Punktum. Wer es nicht glaubt, ist kein Deutscher.

Je länger man sich mit diesem „Wirtschaftsprogramm“ beschäftigt, desto klarer sieht man, daß man ihm viel zuviel Ehre antut, sich damit ernstlich auseinanderzusetzen. Es ist von Anfang bis zum Ende nichts als eine Spekulation auf die wirtschaftliche Unwissenheit breiter Massen, deren Urteilsfähigkeit durch ihre verzweifelte Lage noch weiter herabgesetzt wird. Dr. A. Lauterbach,

Niedergang der Tariflöhne

Vom Mai bis August 1932 senkten sich die tariflichen Stundenlöhne im Gesamtdurchschnitt der von der amtlichen Statistik erfaßten Gewerbe für Facharbeiter um 4,3 auf 81,1 Pf. für Angeleitete um 0,7 vH auf 68,7 Pf., für Hilfsarbeiter um 4,9 vH auf 63,4 Pf., für weibliche Fach- und angeleitete Arbeiter um 0,4 auf 53,2 Pf. und für Hilfsarbeiterinnen um 0,2 vH auf 44,0 Pf. Lohnsenkungen sind in dieser Zeit besonders eingetreten im Berggewerbe und im Holzgewerbe. Der stärkste Rückschlag trat für Facharbeiter und Hilfsarbeiter ein. Hoffentlich erleben wir es noch einmal, daß mit diesem Kaufkraftmord endlich Schluß gemacht wird.



Aufsichtsräte als Blutsauger der Wirtschaft

Während Löhne und Gehälter rücksichtslos abgebaut werden, bleiben die Tantiemen der Aufsichtsräte ungeheuer hoch. Dafür ein Beispiel aus neuester Zeit: die Phoenix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb ist eine Holding-Gesellschaft, deren Zweck lediglich darin besteht, Wertpapiere und Beteiligungen zu verwalten. Der Aufsichtsrat einer solchen ziemlich überflüssigen Gesellschaft bezog bisher eine jährliche Tantieme von 120 000 M. Da er aus 26 Mitgliedern besteht, entfielen durchschnittlich auf jedes Mitglied 4615 M. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Aufsichtsratsmitglieder des Phoenix zu den reichsten Leuten Deutschlands zählen und die meisten mehrere Millionen sind. In der diesjährigen Generalversammlung wurde eine „Ermäßigung“ der Gesamtbezüge von 120 000 auf 100 000 M festgesetzt. Eine darüber hinaus geforderte Herabsetzung auf 60 000 M lehnten die Herren ab. Die Aktionäre gingen leer aus. Dieser Fall beweist wieder, daß das System der Aufsichtsräte lediglich als fette Pfründe aufgefaßt wird.

Der deutsche und der ausländische Butterpreis

Die trotz der großen Gefahren für den deutschen Außenhandel durchgeführte Butterzollerhöhung mußte die Vermutung nahelegen, daß die deutschen Butterproduzenten in ganz besonderem Maße dieses erhöhten Schutzes bedürften. Ein Vergleich der Preisentwicklung für Butter in den wichtigsten Produktionsländern zeigt jedoch, daß die Preisrückgänge in den anderen Ländern sehr viel fühlbarer waren als in Deutschland, wo die Produzenten trotz des Rückgangs der Massenkaufkraft die Zolle im weitest Umfang auszunutzen vermochten. So waren die Butterpreise nach der Preisstatistik des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung der Jahre 1928/29 in Deutschland, Dänemark und Holland mit rund 340 M je 100 Kilogramm beste Qualitätsbutter annähernd gleich. Seitdem fielen die Butterpreise in Deutschland auf 223 M, in Dänemark dagegen auf 143 M und in Holland auf 171 M. In Hundertzahlen gemessen war demnach für 1932 gegenüber 1928 für Deutschland ein Preisrückgang um rund 35 vH, für Dänemark dagegen um 58 vH und für Holland um ziemlich genau 50 vH festzustellen. Gegenwärtig liegt infolge der Zollerhöhung der deutsche Butterpreis, der sich noch 1930 auf gleicher Höhe mit dem Weltmarktpreis befand, um 55,3 vH über Weltmarktpreis.

Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1980 by Festschrift-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

Ich warte noch einen Augenblick bis eine Wolkenwand den Mond überzieht... ich fühle keine Schmerzen, keine Kälte, keinen Hunger, — ganz klar, ruhig höre ich den Befehl in mir: du mußt ihm helfen! — Ich fasse nach meinen Verbandpäckchen... flehend hallt es wieder zu uns herüber: „Sanitääter... oh, oh, Mutter...“ — ich fühle, wie ein letzter Wille meinen Körper mit Kraft durchströmt... warte Kamerad... und wenn es mein Leben kostet: ich helfe dir... Niemand hindert mich, ich höre den knirschenden Schritt meiner Stiefel, ich sehe mich nicht um. Ich blicke nicht nach rechts und nicht nach links. Ich drücke mich an der linken Seite des Grabens entlang.

Meine Schritte werden schneller, ich sehe ab und zu, wenn es wieder heller wird, rechts dunkle Klumpen an der Grabenwand, sie halten mich nicht auf, sie starren nach vorne. Plötzlich wird es taghell, ich knie nieder, wie angeklebt an die Grabenwand: französische Leuchtkugeln gehen rechts hoch, erst eine... sie hängt zitternd am Himmel, entfaltet sich dann zu vier kleineren, sie schweben, von Schirmen getragen, langsam, langsam nieder, betasten das Vorgefüge. Die Schwärze der Nacht saugt sie wieder auf...

Hinten in der Schlucht dröhnen dumpf die Aufschläge der schweren Kaliber; ich denke an die Anmarschstraße, jaulend ziehen die Granaten über mich hinweg, immer neue Lagen, abgehackt tönen die Abschüsse der anderen Seite...

Ich stolpere über Körper, trete auf Gliedmaßen, die wie Gummi nachgeben, ein Gefühl des Ekels packt mich. Ich gehe schneller und schneller, hier ist der Graben nicht mehr besetzt, ich bin allein mit den Leichen, mit ihrer faulenden Auflösung — ganz in der Nähe schluchzt es wieder auf, hoffnungslos, im letzten Aufbaum: „Oh... Kamerad hier... hier...“ und dann ein Brüllen, daß ich aufzuckend vorschnelle: „Hilfe!... Zu Hilfe! Mutter!... Zu Hilfe!...“

Ich stehe auf dem freien Feld, sinke sofort im Schlamm ein, der so tief ist, da er noch nicht gefroren ist, ziehe mich Schritt für Schritt heraus... lausche... Ich krieche vor und zurück, verliere völlig die Orientierung. Einen Augenblick kommt der Mond durch... hastig überfliege ich mit brennenden Augen die nächste Umgebung... Da... da... da muß er liegen... es ist wieder dunkel, Regen prasselt wieder in die Trichter, zu kleinen Eisspitzen erstarrend...

Ich schlepe mich nach der Richtung, wo ich einen Körper sah, falle in ein tiefes Loch, keuche heraus... wieder erhellt eine französische Leuchtkugel das Gelände... der Schein dringt auch hierher.

Und nun liege ich bei ihm. Er muß es sein: der Unterkörper ist tief im Lehm eingesackt, die Hände liegen am Rande des Trichters, eine zur Faust geballt wie in einem letzten Fluch. Ich ergreife die Hände... sie sind noch warm... ich betaste den Kopf, nehme ihm den Stahlhelm ab... ich kann ihn nicht erkennen, denn es ist wieder finster geworden.

Ich reiße ihm den Mantel auf, öffne den Rock, ziehe in furchtbarer Anstrengung den Körper aus dem Schlamm heraus und suche die Totenmarke auf der Brust. Da fühle ich Blut, schon geronnen und kalt... im kurzen Aufleuchten des Mondes reiße ich die Marke los, halte sie dicht vor die Augen und kann nichts erkennen. Dann befühle ich den Körper wieder, greife nach dem Hals und schreie zurück: ich habe in eine tiefe Wunde gegriffen... hier ist das Leben herausgeströmt... mit jedem Schrei ein neuer, dicker Strahl.

Und dann ist meine Kraft endgültig am Ende. Ich warte noch, daß wieder etwas Licht werde — aber plötzlich kann ich meine Augen nicht mehr öffnen, ich halte mein Ohr an die feuchtkalte Brust des stillen Menschen, mit dem ich allein bin — meine Gedanken verwirren sich. — Die blakende Kerze ist dicht über meinem Gesicht. Es ist ganz still im Unterstand. Eine heiße Suppe läuft mir durch den Schlund. „Seit zwei Tagen wieder mal das erste Fressen...“, höre ich die vertraute Stimme des Alten, „iß man alles auf...“

Ich setze mich auf und erinnere mich schreckhaft an die Einzelheiten der letzten Stunden. Ich will hochspringen, die Hand des Vollbärtigen drückt mich sanft zurück. „Nu bleib man liegen, man nicht so aufgeregt, mein Kleiner...“

Ich sehe, wie er sich eine kurze Pfeife ansteckt, das beruhigt mich seltsam. Ich fasse ihn am Arm: „Sag mal, Kamerad, wer war denn der Tote?“... Er lächelt mich eigenartig an: „Du hast ja seine Hundemarke noch in der Hand gehabt, als ich dich nach langem Suchen fand. Das darfst du nicht wieder machen, Junge... Dafür sind die Sanitääter da... haben allerdings im ganzen Abschnitt nur einen... hat viel zu tun, der arme Teufel.“

...da schreien sie manchmal lange... das wird man gewohnt

hier, weißt du... Wer das war: ja, wart mal...“, er hält die Marke dicht unter die Augen, geht an die Kerze heran: „Finselman“ buchstabierte er — „kenn ich nicht... muß einer von euch sein... hab ihn gleich eingegraben, das arme Luder... beerdigen kann man hier keinen in dem Schamassel... die Nummer kann ich nicht lesen, is ja auch egal...“

Er steckt die Marke gleichgültig ein, pafft in schnellen Zügen: „Sag mal, wie alt bist du eigentlich?“... Ich muß nachdenken: wie alt? Wie alt? — „Achtzehn, Kamerad...“ Der Vollbärtige zieht mir die Decke über den Leib: „So so, achtzehn Jahre, achtzehn Jahre...“, er sieht mich lange an und legt sich dann auch nieder: „Ne Schande, ne Schande... muß man sagen...“, marmelt er gegen die Decke des Unterstands, „ja, hab auch 'n Sohn hier irgendwo... Jahrgang neunundneunzig... möchte wissen, wie's ihm geht... ja ja, Kamerad, könntest mein Sohn sein, nich?“

Mir ist, als schlafe er ein — aber plötzlich springt er hoch, ballt die Fäuste gegen die Wände, schüttelt sie — seine Augen sind weit, sein Bart zittert: „Ihr verfluchten Hunde... ihr Schweinigel da oben... ihr Massenmörder... wenn... wenn wir erst nach Hause kommen... wir... wir werden eines Tages abrechnen mit euch... aufhängen... aufhängen... aufhängen das ganze Gesindel da oben...“

Der Unterstand wird lebendig, von draußen kommen sie herein, sie stehen um ihn herum, lassen ihn schreien, niemand stört ihn. „Er kriegt es wieder“, höre ich eine Stimme, und eine andere: „Er kriegt es wieder? Was kriegt er wieder? Recht hat er, jawohl! Das ganze Pack aufhängen, keinen Schuß Pulver sind sie wert...“

... Die anderen haben sich wieder hingelegt. „Ruhe im Puff!“, ruft jemand, „Licht aus!“ Und im Dunkel eine Stimme, gepreßt: „Übermorgen sollen wir angreifen.“ Ich finde keine Ruhe: Finselman? Mir ist der Name bekannt, ja — richtig... ich entsinne mich... ein Westfale... eldte Korporalschaft... solch' Stiller war es... er liebte sich in Berlin mal eine Knopfschere von mir... ja natürlich... Finselman... Erlösung kommt mir dann der Gedanke, endlich Kilb aufzusuchen... ich muß ihm von dem Alten erzählen... das ist unser Mann... ehe er wegkommt, muß Karl noch mit ihm sprechen... Es ist wirklich ganz gleich, welche Nummer auf der Totenmarke steht... es ist eben eine Nummer, jawohl!... Aber die Nummer schrie drei Stunden nach ihrer Mutter...

Salve auf Salve dröhnen die dumpfen Abschüsse von drüben... rauschend ziehen die Geschosse durch den Nebel... „Sturmangriff...“

Und plötzlich, ich weiß nicht, wie der Gedanke möglich sein kann, beneide ich den fallenen Finselman, beneide ich tief alle die stummen, grauen Klumpen, die dort vor und hinter uns herumliegen...

Kilb ist einer Gruppe zugeteilt, die im Nebenstollen liegt. Die Führung der Gruppe ist dem Magdeburger übertragen. Die alte Gruppe ist vollständig aufgegeben, ein Vortreffter hatte, kurz bevor wir als Ersatz kamen, den Rest von zwei Mann getötet. Sie liegen verschüttet und verscharrt im Dreck der Grabenböschung. Kein Kreuz, kein Zeichen läßt die Stätte ihrer Verwesung vermuten.

Kilb steht dunkel und schweigend vor dem Stollen. Als ich mich ihm nähere, erkennt er mich nicht. — Aber als ich ihn anrede, geht ein Lächeln über sein Gesicht, das ich unter der grauen Lehmschicht mit einem mich nun überflutenden glückhaften Gefühl erkenne.

Mir ist als seien Monde vergangen, als sähen wir uns nach Jahren wieder: wir sind in der Wüste des Todes, der Mord hält grinsend seinen Würfelbecher über uns, er spielt kreischend mit seinen Gehilfen, dem Hunger und dem Kriege, blechern fallen die Würfel, jede Sekunde spielen sie um zitterndes, fliehendes Leben: um uns, um uns... Niemand vorher habe ich das Wort in seinem unermeßlichen Wert wie in diesem Augenblick erkannt: Wiedersehen...

Hinten, dort wo sie uns nicht kennen, nichts wissen wollen von unserer Verzweiflung und unserem Elend, hinten nennen sie uns die „tapferen Feldgrauen“... Ihre Glorifizierung unserer Angst und unseres Verreckens sei verflucht bis in die Ewigkeit. Kinder an der Front... Wir setzen uns auf einen Absatz des Stolleneingangs, allmählich tritt aus der Dämmerung und dem Nebel die Graben-

Eine nationalistische Rittergutsbesitzerin

Immer noch gibt es leider auch Tausende und aber Tausende von Frauen und Mädchen, die vom Faschismus eine Besserung der heutigen Wirtschaftslage erwarten. Ihnen gilt es, an Beispielen nicht der Theorie, sondern der unmittelbaren Wirklichkeit zu zeigen, wie der Nationalsozialismus in Wahrheit aussieht.

Alle braven Nationalsozialistinnen schwören auf ihre männlichen und weiblichen Führer, die angeblich dem deutschen Volke mit gutem Beispiel vorangehen und durch die Tat zeigen, was es heißt, gleichzeitig national und obendrein auch noch „sozial“ zu sein. Eine solche Leuchte scheint unter vielen anderen die Besitzerin des Rittergutes Waltersdorf in Schlesien zu sein. Nach einer beglaubigten Mitteilung des Deutschen Landarbeiterverbandes verfügte die hohe Dame die zwangsweise Exmittierung von drei Landarbeiterfamilien. Sie ging dabei sehr schneidig vor und beauftragte den achtzehnjährigen Gutsinspektor, einen begeisterten Nationalsozialisten, die Räumung durchzuführen. Die Familien waren in Verzweiflung. Sie wußten nicht, wo sie mit Frauen und Kindern unterkommen sollten, sandten der Rittergutsbesitzerin die Miete für ihre Wohnungen und hofften, nun bleiben zu dürfen. Diese Hoffnung war um so berechtigter, als die Familienväter viele Jahre, der eine nicht weniger als 34 Jahre, auf dem Gute beschäftigt gewesen waren. Aber sie hatten sich schwer getäuscht.

Der Gerichtsvollzieher erschien. Die Familien, die sich keinen Rat mehr wußten, weigerten sich, die Wohnungen zu verlassen.



und wiesen darauf hin, daß die Miete doch bereits bezahlt sei. Die Rittergutsbesitzerin aber und ebenso der hoffnungsvolle achtzehnjährige Inspektor schienen in diesem Augenblick ihren Nationalsozialismus völlig vergessen zu haben. Der junge Mann, der seiner Herrin an Schneid nicht nachstehen wollte, sammelte ein paar ebenso schneidige Pgs., und dann ging man zum Sturmangriff vor! Betten, Schränke, Stühle, Tische — alles flog im Handumdrehen auf die Straße. Die kleineren Haushaltsgegenstände, Glas, Geschirr und dergleichen wurden in die Bettlaken „verpackt“. Um so schöner, daß sie klirrend in Trümmer gingen. Endlich griff der Gemeindevorstand ein. Die schneidige Nationalsozialistin wurde durch einen Oberlandjäger gezwungen, die Schlüssel der Wohnungen herauszugeben und die Familien wieder in die Wohnungen einzuziehen zu lassen.

Dieses Verhalten steht keineswegs vereinzelt da. Es deckt sich völlig mit den bereits vor Wochen bekannt gewordenen Ereignissen. Das nationalsozialistische Programm erzählt zwar den Frauen alles, was sie hören wollen, über den „Schutz“, den die Nazis angeblich gerade den Familien und den Müttern angeheihen lassen. Dieser Schutz scheint darin zu bestehen, daß man Familien obdachlos macht und ihnen das bisheren Lebensunterhalt, über das sie heute noch verfügen, völlig entzieht.

Vielleicht wird man einwenden, daß so etwas doch „bloß auf dem Lande“ möglich sei. In den Städten hielten es die Nazis nach dem schönen sprichwörtlich gewordenen Ausspruch des famosen Herrn Goebbels bestimmt nicht mit den „feinen Leuten“, sondern mit der Arbeiterschaft. Ganz besonders aber hätten die Frauen der Arbeiter allen Grund, sich auf den deutschen Faschismus zu freuen. Denn für Mutter und Kind sei den Nazis das Beste gerade gut genug. Was, „Unterstützungen“, „Wöchnerinnenhilfe“, „Fürsorge“! Das seien doch nur Bettelpfennige! Im Dritten Reiche gäbe es etwas ganz anderes! Wie dieses „Andre“ aussieht, und was die Frauen und Mütter von der nationalsozialistischen Sozialpolitik zu erwarten haben, zeigt

wand schärfer hervor. Es ist die Stunde, wenn die Front ermattet auf beiden Seiten sich hinstreckt, Kräfte sammelnd für die weiteren Eisentänze...

Ich erzähle Kilb von den furchtbaren Einzelheiten unseres Vorgehens, als wir vor der Sperrfeuerlinie lagen.

„So so...“, sagt er nur, sieht dann eine lange Zeit schweigend vor sich hin.

Kilb fährt fort: „Hast du heute nacht das Schreien gehört? Wie der arme Kerl nach seiner Mutter geschrien hat?“

Früher, in Garnison, hat dieser und jener mal erzählt, daß die Verwundeten, die man nicht findet oder nicht holen kann, so mit letzter Kraft nach ihren Angehörigen rufen... Hab' mir immer vorgestellt, wie das wohl sein könnte... Daß es so schrecklich ist, Hamburger, das hab' ich nicht gedacht... Wenn man das später zu Haus erzählt... die nicht dabei waren, glauben es gar nicht... Ich wollte raus, ich dachte, du seiest es... Der Hund von Magdeburger lag vor dem Ausgang wie ein Koter und hat mich immerfort angestiert... hat wohl gehäut, daß ich raus wollte.

„Hier kommt keiner raus...“, sagt er zu mir und funkelt mich wie ein Tiger an... „willst wohl türmen, hä? Oder räubern da draußen, wat?“... Was sollte ich machen? Ich hab' ne Handgranate genommen, hab' die Finger an die Schnur gelegt und nichts gesagt, nur immer ihn angeguckt, und so bin ich Schritt für Schritt auf ihn zugegangen... Ich kenn doch den feigen Burschen, — wenn er eine Bewegung gemacht hätte, hätt' ich ihm das Ding in die Fresse geschmissen, und wenn wir beide draufgegangen wären... Da hat er mich dann rausgelassen... Draußen bin ich 'ne halbe Stunde rumgekrochen... manchmal hat er noch gerufen... einmal noch ganz laut „Hilfe, Hilfe“... ich hätt' mitschreien können, konnt es bald nicht mehr ertragen... aber dann war Schluß... Er blickt wieder gradeaus, schiebt seinen Helm zurück: „Er schrie, als wenn es deine Stimme war...“

Ich will ihm die Hand geben, aber er sieht sie nicht: „Ja Karl... und ich dachte, du seiest es... ich war auch draußen, bin von meinem Posten weggegangen... Er hatte eine Stimme wie du...“ Ich bin aufgewühlt von der Gleichartigkeit unserer Gedanken in der Stunde des Sterbens Finselmans: „Karl, wenn einer von uns „Mutter“ schreit, — es ist immer dieselbe Stimme... es ist immer dieselbe Stimme...“

Ich will ihm sagen, wer es war, den wir suchten, da kommt er mir zuvor: „Weißt du, wer es war?“ „Ja, einer von uns... Finselman von der Elften... ich hab' ihn gefunden, seine Hände waren noch warm...“ (Wird fortgesetzt.)

der klare und eindeutige Ausspruch des Naziführers Adolf Wagner, der auf dem Marsfeld in München unter großem Beifall seiner Freunde wörtlich erklärte: „Die soziale Gesetzgebung ist eine der größten räuberischen Erpressungen an den Besitzenden.“ Das hört sich schon ganz anders an als das Geschrei von den „feinen Leuten“. Dabei steht ein solcher klaffender Widerspruch nicht allein in der Nazipartei da. Es ist genau das gleiche, wenn im „Königin Luise-Bund“ den jungen Angestellten und Fabrikarbeiterinnen, die sich verleiten lassen, eine dieser angeblich so „sozialen“ Versammlungen zu besuchen, erzählt wird, wie die Arbeiterinnen in Italien den vollen Schutz der faschistischen „Gewerkschaften“ gegen die Unternehmer genießen, und wenn am gleichen Abend der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Papenbrock erklärt, daß die Gewerkschaften mit Stumpf und Stiel ausgerottet würden, wenn die Nazis zur Macht kämen.

Für die sozialistische Frau, die im Militärstaate gegen den Wahnsinn der Rüstungen und des Krieges, im kapitalistischen Staate gegen Unterdrückung und Ausbeutung, für Freiheit und Menschlichkeit ihre Stimme erhob, war der Nationalsozialismus von Anfang an leicht zu durchschauen. Die Faust, die sich hinter den schönen Phrasen emporreckt und gerade die wirtschaftlich und sozial Schwächsten bedroht, war zu deutlich zu erkennen. Aber nach allem, was wir jetzt um uns her erleben, will es scheinen, daß diese Faust, das Sinnbild roher Gewalt, langsam auch den Frauen und Mädchen erkennbar wird, die das Naziprogramm und seine Helden bis jetzt mit rosenroter Brille anzuschauen gewohnt waren. Mögen auch diese Veröffentlichungen, die nur beglaubigte Tatsachen und Aussagen namhafter Führer des Nationalsozialismus mitteilen, dazu beitragen, die letzten Nebelschleier zu zerreißen! Mögen alle deutschen Frauen und Mädchen am 6. November sich freudig zu der Partei bekennen, deren tiefgründige, ernste Kulturarbeit, deren Sorge für alle Hilfsbedürftigen allein den Boden bereiten kann, auf dem Mutter und Kind gedeihen können: der Sozialdemokratie!

Die Uhr rasselt. Wählt!

Unsere Zeit ist ein großer Wecker. Die große, eiserne Wanduhr rasselt und ruft mit gewaltigen Schlägen.

Graut es? Soll jetzt endlich ein neuer Morgen werden? Es rasselt. Die große Weltenuhr weckt. In gewaltigen Schlägen hämmerts. Es ist Zeit zum Erwachen. Auf, zur Pflicht!

Hört ihr nicht, wie die Stunde euch rasselt und ruft? Heraus aus dem Schlummer der Zufriedenheit! Die Wanduhr der Geschichte weckt, doch was nutzt das Wecken, wenn ihr nicht aufsteht?

Heraus, ihr Schläfer! Ihr Träumer des Lebens! Ihr ewig Zufriedenen, ihr Gleichgültigen! Seid doch einmal wenigstens wach! Wählt rot! Wählt die Farbe des Morgenrots! Laßt euch wecken!

Und darum rassel und rassel, du schwere, eiserne Uhr! Und höre nicht auf und rassel, daß auch der schlaftrigste Träumer dich hört und die Stunde begreift, die der 6. November bedeutet!

Es wäre ungerecht...

Was wäre ungerecht? Prof. Lenz, Rassehygieniker, Nationalist, von den Nazis immer wieder zitiert, schreibt darüber in seinem Buche „Menschliche Erblichkeitslehre und Rassenhygiene“: „Daß es möglich wäre, die Geschlechtskrankheiten ganz auszurotten, daran kann kein Zweifel sein. Auch auf diesem Gebiete stehen freilich der Gesundheit schwerwiegende wirtschaftliche Interessen entgegen. Man muß sich nur einmal klar machen, daß durch eine wirklich ernsthafte Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nicht nur viele Hunderte von Fachärzten brotlos werden, sondern auch zehntausende anderer Ärzte in ihren ohnehin kaum zum Leben ausreichenden Einkünften schwere Einbuße erleiden würden. Es wäre ungerecht, wenn man von den Ärzten einfach die Aufopferung ihrer Existenz im Interesse der Volksgesundheit verlangen würde.“ Das also wäre ungerecht! Das ist das sittliche Denken drüben. Darum nennen sie sich gern die „sittlichen Erneuerer“.

Zeitgemäß. Wurstmaxe stand an der Straßenecke und pries seine Ware an. Wilm kam vorbei und schnupperte. Wilm hatte rasenden Appetit, aber, wie immer, kein Geld. Zögerte Wilm: „Sa'n Se mal, wat kosten denn die Würstchen auf Raten?“



Verbandsleben



An alle Arbeiter!

Daß ihr einander die Schädel einschlagt,
 Euch gegenseitig zerfleischt und verjagt,
Arbeiter!
 Das ist die reinste Freude
 Der wankenden kapitalistischen Welt!
 Ihr sollt euch streiten, ob euch das Gebäude
 Des Staates mehr oder minder gefällt,
 Ob jener ein Bonze und dieser kein Held.

Es fürchten die kapitalistischen Herrn
 Nicht Hakenkreuz und nicht Sowjetstern.
Arbeiter!

Eines nur jagt sie in Schrecken,
 Eines nur ist's, das die Ruh ihnen stört:
 Die Sorge, ihr könntet endlich entdecken,
 Daß ihr Brüder seid und zusammengehört
 Und daß euch bisher nur ein Irrwahn betört.

Wenn ihr euch gegenseitig henkt,
 Wird euch vom Herrn noch der Strick geschenkt.
Arbeiter!

Wittert ihr nicht den Braten?
 Damit eure heiße Empörung sich stillt,
 Verkleidet man euch als Parteisoldaten,
 Daß ein Prolet, betrefft und gedrillt,
 Den andern kaltblütig umlegt und killt.

Oh, eure Unterdrücker sind schlau,
 Die hohen Herren wissen genau.

Arbeiter!
 Daß euch kein Heer widerstände,
 Wenn ihr euch eintet. Auf! Bändigt die Zeit!
 Schließt euch zusammen, macht endlich ein Ende
 Mit Taktik-, Linien- und Richtungstreit,
 Euer die Welt, wenn ihr einig seid!

(J. H. im Karlsruher Volksfreund.)

Kollege — wo bleibst du?

Die Not ist uns nichts Fremdes. Wir wurden in sie hineingeboren, für viele von uns bedeutete sie etwas Selbstverständliches, etwas, das man hinnehmen, mit dem man sich abfinden muß. Wir kannten das Leben nicht anders.

Es kamen sturmbelegte Zeiten, Krieg, Inflation, ungeheure Arbeitslosigkeit. Das Leben stellte uns vor Fragen, mit denen wir uns nie zuvor auseinandersetzen mußten. 6 Millionen Arbeitslose, darunter 1 Million Jugend. Not und Elend, wofür man schaut. Wie lange noch, und auch wir werden das Los der 6 Millionen teilen. Diese Jahre haben uns reif gemacht.

Als halbe Kinder wurden wir in die Fabrik gezwungen. Was wußten wir von dem jahrzehntelangen Kampf der organisierten Arbeiterschaft und ihren Erfolgen, was davon, daß erst durch die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch die Gewerkschaften die ersten Voraussetzungen für den sozialen Aufstieg der Arbeiter geschaffen wurden? Vorbeistehen und nachsehen nahmen wir alles als etwas Gegebenes. Manches von den Erfolgen mußte jetzt in der Krise wieder aufgegeben werden, und erst da wußten wir zu schätzen, was wir besaßen.

So wurden uns langsam die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge klar, so erkannten wir die Ursachen unserer Not, den Widersinn der heutigen kapitalistischen Wirtschaft. Jeder einzelne von uns lebt ein Leben voller Pein und Enttäuschung, und doch tragen wir alle zusammen das gleiche Los.

Erbitterung und Haß wuchsen in uns. Wir wollen nicht ewig Knecht sein. Wir Jungen haben noch ein Leben vor uns. Wir wollen Entwicklungsmöglichkeiten. Es wächst unser Glaube an die Gewerkschaft.

Es wächst aber auch unsere Kraft. Schon gehören zu dem Viermillionenheer der freien Gewerkschaften hunderttausende Lehrlinge und junge Arbeiter. Jugend, die nicht nur die Erkenntnis hat, daß dieses kapitalistische Wirtschaftssystem verschwinden muß, sondern die auch mit Hingabe und Eifer sich an der Gestaltung eines neuen, eines sozialistischen Wirtschaftssystems betätigen will.

Noch viele von denen, die zu uns gehören, stehen abseits. Sie müssen gewonnen werden. Wir Jungen sind durchdrungen vom gewerkschaftlichen Gedanken und vom dem Wissen, daß Zusammenschluß der Arbeiter nie notwendiger war als heute, in Zeiten größter Not und stärkster Reaktion. Wir wollen diese Erkenntnis hineintragen in Fabriken und Werkstätten, in Schulen und Stampeketten. Freudig erfüllen wir unsere Pflicht. Ja — wir wollen und müssen Werber sein — Werber für ein besseres Morgen.

Und Kollege — wo bleibst du?

Gewerkschaftsfunktionäre und Gewerkschaftskollegen, helft uns! Es muß selbstverständlich werden, daß alles Jungvolk gewerkschaftlich organisiert ist. Je besser bereits die jungen Kollegen in der Gewerkschaft organisiert sind und in den Jugendabteilungen mit der Bewegung verknüpft werden, um so besser für unsere Bewegung. F.K.

Eine dringende Aufgabe

Politisch ist heute die Arbeiterschaft gänzlich ausgeschaltet, aber auf gewerkschaftlichem Gebiet ist sie einflußreich. Gewiß haben wir infolge der furchtbaren Krise viele Verwicklungen unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen hinnehmen müssen. Die Regierung der Barone hat sogar eine Verletzung des Tarifwesens gewagt; aber die Gewerkschaften haben in den letzten Wochen deutlich gezeigt, daß sie noch zu kämpfen verstehen. In allen Teilen des Reiches fanden und finden erfolgreiche Abwehrkämpfe gegen eine weitere Lohnsenkung statt. Das wird sicherlich auch weiterhin der Fall sein.

Die gewerkschaftliche Organisation ist nach der Inflation durch unheilvolle Kleinarbeit wieder zu beachtlicher Größe angewachsen. Es darf deshalb nicht geschehen, daß wir durch die wirtschaftliche Not wieder auf den Stand von 1923 zurück-sinken. Die Gewerkschaftskollegen, die immer nur Zwangsmitglieder bei uns waren, werden jetzt die ersten sein, die uns den Rücken kehren. Aber auch andere Mitglieder klagten, die Beiträge fast nicht mehr aufbringen zu können. Hierzu kommen unsere „Freunde“ von links, die auch gern an diesen

Feuer ihre Suppe kochen möchten. Hier muß die Arbeit der Funktionäre einsetzen.

Die wankelmütigen Kollegen müssen in ihren Wohnungen aufgesucht werden. Der Funktionär, der sich dieser Arbeit unterzieht, wird bald finden, daß ihm immer dieselben Einwände entgegengehalten werden. Da heißt es zunächst: „Die Beiträge sind zu hoch!“ — „Gewiß“, entgegnet der Funktionär. „gemessen an den geringen Verdiensten sind die Beiträge sehr hoch, aber Kollege, denke an die ungeheure finanzielle Belastung der Gewerkschaften durch die jahrelange Arbeitslosigkeit. Eine Beitragssenkung ist doch nur möglich durch eine weitere Senkung der Unterstützungssätze. Wollen wir aber unseren erwerbslosen Kollegen auch dieses noch zumuten? Außerdem besteht in Fällen, wo der Beitrag wirklich nicht mehr bezahlt werden kann, die Möglichkeit auf Antrag bei der Verwaltung in die nächst niedrigere Stufe überzugehen.“ — „Ja“, entgegnet die Frau des Kollegen, die bei der Aussprache dabei sein soll, „das alles ist ja ganz schön, aber wir können wirklich nicht mehr zahlen, das Geld ist einfach nicht mehr über.“ — Allein, der Funktionär wird bei weiterer Aussprache oft finden, daß der fragliche Kollege noch diesem oder jenem Verein angehört, daß er noch dieser oder jener Liebhaberei anhängt. Verständlich, wenn er dem öden Einerlei des Fabriklebens zu enttrinnen sucht. Aber solche Neigungen müssen zurückgestellt werden, weil größeres, weil Lohn und Lebensmöglichkeit in Gefahr ist. So werden wir denn der Frau weiter auseinandersetzen, daß es kein Zufall ist, wenn im faschistischen Italien weit schlechtere Löhne gezahlt werden als in Deutschland. In Italien gibt es keine Gewerkschaften in unserem Sinne. Die Arbeiter haben bei der Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht mitzusprechen. Es gibt dort kein Betriebsrätewesen. Wie würde es den deutschen Arbeitern ergehen, wenn die Gewerkschaften nicht mehr wären? Die Frauen unserer Kollegen, zu denen wir so sprechen, werden es leichter verstehen, daß der Verbandsbeitrag vom sparsamen Wirtschaftsgeld unbedingt erübrigt werden muß.

Manche Kollegen klagen auch darüber, daß die Gehälter unserer Angestellten zu hoch seien. Hier gilt es zunächst auf die Gehaltssenkung durch den letzten Verbandstag hinzuweisen, sowie an die Abgaben und Opfer zu erinnern, die von den Angestellten freiwillig geleistet werden. Im übrigen läßt sich mit Hilfe der Quartalsabrechnung der Verwaltungsstelle nachweisen, wie es jetzt mit den „hohen“ Gehältern bestellt ist. Die Bezieher der „hohen“ Gehälter reden nicht davon, weil sie es für selbstverständlich erachten, jedes mögliche Opfer für die Kollegenschaft zu bringen. Eigentlich dürften wir als Gewerkschafter der Konsequenzen wegen unseren Angestellten gegenüber überhaupt nicht jene Lohnpolitik betreiben, die das Unternehmertum uns gegenüber anwendet.

Manchmal bekommt man auch zu hören, die Hauskassierer oder die Schalterbeamten sind zu bürokratisch; sie hätten kein Verständnis für die Not der Kollegen. Hier hat der Funktionär ausgleichend zu wirken und seinerseits bei der Verwaltung auf Abstellung von etwaigen Übelständen zu dringen.

Wenn eine große Anzahl von Funktionären sich zu der geschichteten Arbeit bereit finden, wird es möglich sein, manchen Kollegen der Organisation zu erhalten. Wir tun damit nicht nur dem Verbaude, sondern auch uns selbst den besten Dienst.

Karl Schäfer.

Zu unserer Jugendarbeit

In Nr. 40 der MZ wurde durch die Bekanntgabe neuer Richtlinien für die Verbreiterung gewerkschaftlicher Jugendarbeit sicher auf eine der wichtigsten Fragen des Organisationslebens hingewiesen. Zu wünschen bleibt nur, daß die Vorschläge bald in die Wirklichkeit umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang muß auch einmal ausgesprochen werden, daß der zahlenmäßige Umfang der Gewerkschaftsjugend ebenfalls vergrößert werden muß. Diese Aufgabe können aber nicht die Kollegen, deren spezielle Tätigkeit die Jugendarbeit ist, und die aktiven Jugendkollegen allein lösen, sondern dazu bedarf es vor allem der Mitarbeit aller Kollegen. Dazu ist es durchaus nicht notwendig, daß man Verbandsfunktionär ist; nein, gerade für die anderen sind diese Zeilen geschrieben. Worin soll diese Mitarbeit nun bestehen?

Ganz einfach darin, daß die älteren Kollegen sich mehr als bisher darum kümmern, was die in ihrem Betrieb beschäftigten Lehrlinge außerhalb des Betriebes tun. Daß hier viel Lachheit an den Tag gelegt wird, wissen wir. Oft geht sie soweit, daß selbst in kleinen Betrieben, wo nur ein Kollege beschäftigt ist, der sogar in gutem Verhältnis zum vielfach einzigen Lehrling steht, dieser erst nach vierjähriger Lehrzeit und dann noch aus eigener Erkenntnis zum Verband stößt. Das muß anders werden. Die höchste Pflicht des Verbandskollegen muß sein, nicht eher zu ruhen, bis jeder Lehrling nicht nur Mitglied des Verbandes geworden ist, sondern seine freie Zeit im Kreise unserer Jugend verbringt. Dabei sind wir durchaus nicht ehrsüchtig und betrachten den Besuch der Veranstaltung der SAJ, der Sportjugend usw. durchaus als Ersatz, aber für die Verbandsmitgliedschaft gibt es keinen Ersatz.

Man wende hier nicht ein, es sei nicht jedermanns Sache, propagandistisch tätig zu sein. Das sind Ansichten, die wir nicht gelten lassen. Wer einen Lehrling zur Berufsarbeit anlernen soll, der kann ihn auch klarlegen, daß er in den Verband gehört. Sollte das aber ein Kollege sich wirklich nicht zutrauen, dann gibt es andere Wege: dann wende man sich an den Verband, dort wird ein geeigneter Kollege die Aufgabe gern übernehmen oder vollenden. Denn eine Vorarbeit kann jeder leisten. Wir haben eine Jugendzeitung. Die soll man den jungen Menschen in die Hand drücken. Nicht nur einmal, immer wieder! So lange, bis er sie von selbst gern haben möchte. Es gibt noch andere Arten der indirekten Agitation. Jeder denke nur einmal nach. Dann findet sich immer ein Weg.

Das ist es, was ich den Kollegen zu sagen habe. Hoffentlich rauscht es nicht ungehört an den Ohren vorbei, in die es hineindringen sollte. Dann dürfte auch das Mißverhältnis, das heute zwischen Jung und Alt oft beklagt wird, einer Besserung entgegen gehen. b.e.

Jubilare

Im Oktober 1907 war durch die Entwicklung des Verbandes der Vorstand gezwungen, weibliche Hilfskräfte einzustellen. Damals befand sich auch die Kollegin Berta Boger, die als Arbeiterin in einer Blechwarenfabrik tätig gewesen und auch Mitglied unseres Verbandes war. Damals war die Kollegin Boger in der neuerrichteten Unterstützungsabteilung beschäftigt. In den Kriegsjahren nahm bekanntlich das Verbandserstützungswesen, und die Jubilare arbeitete während dieser Zeit im Betrieb von Robert Bosch in Stuttgart. Bei Kriegsende kam sie wieder ins Hauptbüro zurück, Stammrolle und Obertribunalabteilung wurde ihr Wirkungsbereich. Manches Verbandsbuch ist seither durch ihre Hände gegangen. Auch in der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung erfüllte die Kollegin Boger jederzeit

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
 Fernsprecher: Dönhoff 6750 — 6753

Mit Sonntag, dem 30. Oktober, ist der 45. Wochenbeitrag für die Zeit vom 30. Oktober bis 5. November 1932 fällig.

Mitglieder, deren Mitgliedsbücher mit Ende dieses Jahres vollgeklebt werden, wollen schon jetzt ihre zuständige Ortsverwaltung auf diesen Umstand aufmerksam machen, damit Bestellungen rechtzeitig gemacht werden können und sich am Jahreschluß nicht zu stark häufen.

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Verbandsanzeigen

Alfeld (Leine); Einbeck; Freiberg (Sachsen); Gräfenhald; Neuwied am Rhein; Nossen (Sachsen); Schleitz; Warstade-Hammer: Lokalgeschenk wird nicht bezahlt.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse

der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.)
 Hamburg, Rothenbaumchaussee 20

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im 3. Quartal 1932

Krankenkasse:	
Einnahmen	198 409,36 M
Ausgaben	196 635,16 „
Mehreinnahmen	1 774,20 M
Kassenbestand am 1. Juli 1932	1 841 578,06 „
Kassenbestand am 30. September 1932	1 843 352,26 M

Sterbekasse:	
Einnahmen	123 517,36 M
Ausgaben	84 001,76 „
Mehreinnahmen	39 515,60 M
Kassenbestand am 1. Juli 1932	1 785 810,10 „
Kassenbestand am 30. September 1932	1 825 325,70 M

Kollegen aller Berufe! Schützt euch und eure Familie im Krankheitsfall vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiterkrankenkasse ein. Folgt nicht den Lockungen der Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nichts zu sagen habt. Bewahrt euch vor Schaden dadurch, daß ihr euch nur bei euren eigenen Unternehmungen versichert. Heute ist die Notwendigkeit der Zugehörigkeit zu einer guten Zuschußkasse dringender denn je; denn der bei den Pflichtkassen erfolgte Abbau kann nur durch die Leistungen der Zuschußkassen wieder ausgeglichen werden. Im Jahre 1880 von Arbeitern gegründet, besitzt die Kasse heute über 1000 Verwaltungstellen, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Der Beitritt kann bei den örtlichen Verwaltungsstellen jederzeit erfolgen, oder man wende sich an die Hauptverwaltung: „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.), Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 20.“

Hamburg, im Oktober 1932

Der Vorstand

ihre Pflicht. Im Zentralverband der Angestellten war sie jahrelang Vertrauensperson, Beitragskassiererin und Beisitzerin der erweiterten Ortsverwaltung. Auch wir bringen der Kollegin Berta Boger zu ihrem Dienstjubiläum die besten Glückwünsche dar.

Im Vorjahre feierte der Bevollmächtigte unserer Verwaltungsstelle Altenburg, Max Wunderlich, seine 40jährige Verbandsmitgliedschaft. Jetzt, am 1. November, kann er sein 25jähriges Dienstjubiläum begehen. Der Jubilar ist die große Ausnahme von der Regel, daß der Prophet in seinem eigenen Lande nichts gilt. Wunderlich ist wurzelhafter und bodenständiger Altenburger und hat es in seiner eigenen Heimat zu Ansehen und Einfluß gebracht. Er ist in Altenburg 1874 geboren und hat dort den Schlosserberuf erlernt. 1891 bei Verbandsgründung trat er demselben dem Verbaude bei und wirkte sofort vorbildlich als ehrenamtlicher Funktionär. Am 1. November 1907 erfolgte dann seine Anstellung in Altenburg als Geschäftsführer und Bevollmächtigter. Der Kollege Wunderlich genießt das Vertrauen seiner Mitgliedschaft im vollsten Maße. Wiederholt vertrat er auf den Verbandstagen die Altenburger Kollegen. Auch manches Jahr wirkte er als Vertreter Thüringens im Erweiterten Verbandsbeirat mit. Damit ist aber seine Arbeit für die Arbeiterklasse nicht erschöpft. Jahrzehntlang wirkte er als Vertreter der Sozialdemokratie im Landtag von Sachsen-Anhalt. Seine Arbeit war erfolgreich und die Arbeiter haben es ihm mit Anhänglichkeit und Treue gedankt. Der Kollege Wunderlich erfreut sich guter körperlicher und geistiger Kräfte, und wir wünschen ihm an seinem Ehrentage, daß es noch sehr lange so bleiben möge.

54 Kollegen, die 25 und mehr Jahre Mitglieder unseres Verbandes sind, können am 29. Oktober in einer Jubilärfest geehrt werden. Gleichzeitig begehrt der Kollege Johann Martin, der als der „Rietheimer Marte“ eine stadtbekannte und beliebte Persönlichkeit in Tuttlingen ist, sein 25jähriges Dienstjubiläum. Daneben feiert er noch seine 30jährige Verbandszugehörigkeit. Martin verwaltet das schwierige und undankbare Amt des Unterkassierers. Seine Erscheinung mit der Zeitungsmappe und der Geldkatze um den Leib gegürtet gehört zum Stadtbild Tuttlingens, deren Bezirke er mit der Regelmäßigkeit einer Uhr durchläuft. Die im Jahre 1893 gegründete Verwaltungsstelle Tuttlingen hatte sich bis zum Jahre 1906 so entwickelt, daß die Einstellung eines Unterkassierers notwendig wurde. Die Wahl fiel auf den Kollegen Martin, der damals auf der schwarzen Liste stand und kein Unterkommen mehr fand. Dem Jubilare wünschen wir Kraft und Gesundheit, damit er noch manches Jahr in alter Gewissenhaftigkeit und Treue seinen Dienst für die Metallarbeiterschaft ausüben kann.

Die Warnung der Gewerkschaften

Eine Kundgebung des ADGB und der Angestelltenverbände

Am 18. Oktober haben der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Angestelltenverbände im Reichswirtschaftssaal zu Berlin eine Kundgebung veranstaltet, um einmal mehr und deutlich vor der unheilvollen Politik der Reichsregierung zu warnen. Die Reichsregierung war dazu eingeladen. Doch ist sie nicht gekommen, weil es ihre Geschäftslage nicht gestattete. Dafür war der Ministerialdirektor Dr. Sitzler vom Reichsarbeitsamt erschienen.

Der Vorsitzende des ADGB, Theodor Leipart, der die Versammlung eröffnete, erläuterte den Zweck der Kundgebung. Es solle, so führte er aus, noch einmal aller Öffentlichkeit die Stellung der Gewerkschaften zum Wirtschaftsprogramm der Regierung klargemacht werden. Mit ihren Reden und Handlungen treibe die Regierung einen Keil nach dem andern ins Volk. Die überhebliche Art, wie die Regierung ihre Gegner abzufertigen pflege, sei tatkräftig zurückzuweisen. Es sei nicht angängig, den Gewerkschaften die Schuld an dem ächzenden Gang des Ankurbelungsplans zuzuschreiben. Niemand wünsche mehr als die Gewerkschaften, daß möglichst viel Arbeiter wieder in Stellung kommen. Denn unter den Arbeitslosen befinden sich zwei Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Um dertwillen und um der andern Millionen Erwerbsloser halber drängten die Gewerkschaften auf eine Belebung der Wirtschaft. Wenn das Wirtschaftsprogramm der Regierung mißlinge, so sei sie selbst daran schuld, nicht die Gewerkschaften. Diese hätten schon lange vor der Regierung einen sorgfältig ausgearbeiteten Plan der Arbeitsbeschaffung vorgelegt, weil sie ein teures Gut, den Lohn und die Lebensmöglichkeit der Arbeiterschaft, zu betreuen haben. Diesem selben Zweck gelte die heutige Kundgebung.

Der Vorsitzende des Holzarbeiter-Verbandes, Fritz Tarnow, sprach als erster, und zwar über den Wirtschaftsplan der Regierung. Sehr eindrucksvoll, um nicht zu sagen empörend, wirkten Tarnows Beweise für die Lohntribute, die den Arbeitern durch die Notverordnung bekommen die Unternehmer nicht nur das Arbeitsprodukt neuangestellter Leute umsonst, sondern auch noch eine Prämie. Überdies würden die schlampigen Unternehmer besonders belohnt, während die tüchtigen leer ausgingen. Tarnow folgte Clemens Nörpel, der über die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts sprach. Durch die Eingriffe der Regierung, so betonte der Redner, in das kollektive Arbeitsrecht werde der deutsche Arbeiter zum Objekt im Staatsleben. Die Gewerkschaften wendeten sich nachdrücklichst gegen den Versuch, an Stelle des Rechts die Fürsorge zu setzen. Der jetzige Kampf der Gewerkschaften gehe um die Freiheit des Arbeiters.

Der Wirtschaftsplan der Regierung und die Gewerkschaften

Zu diesem Gegenstand der Kundgebung führte Fritz Tarnow im wesentlichen aus:

Vor sechs Monaten haben wir auf einem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß den Notschrei der Arbeitslosen mit der Forderung nach Arbeitsbeschaffung verbunden. Wir haben dafür bestimmte Vorschläge gemacht, nicht aus dem Handgelenk, sondern nach einer sorgfältigen Prüfung der vorhandenen volks- und weltwirtschaftlichen Verhältnisse. So vieltalig die Ursachen der ungeheuerlichen ökonomischen Weltkrise auch sind, entscheidend ist die wachsende Unfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, den Güterverbrauch mit der Güterproduktion im Gleichgewicht zu halten.

Die Sachverständigen schätzen den bisherigen Produktionsverlust durch die Weltkrise — auf 250 bis 300 Milliarden Mark. Die deutsche Industrieproduktion ist nach dem Index unseres Konjunkturinstituts auf die Hälfte zusammengeschrumpft. Der Bruttowert der industriellen Produktion ist von 84 Milliarden im Jahre 1928 auf 32 Milliarden in diesem Jahr zurückgegangen. Dieser beispiellose Produktionsverzicht vollzieht sich an einer üppig gedeckten Tafel der Produktionsmöglichkeiten. Der Produktionsapparat ist so groß und leistungsfähig wie nie zuvor. Die ausreichende Versorgung aller Menschen ist heute nur noch eine Frage der Organisation der Arbeit. Wir haben nicht die Illusion, als ob sie im kapitalistischen System gefunden werden könnte. Angesichts der entsetzlichen Selbstverstümmelung der kapitalistischen Wirtschaft ist unsere Forderung nach einer völligen Neuordnung, nach sozialistischer Umgestaltung der Wirtschaft um so dringlicher geworden.

Das kann uns aber nicht der Pflicht entheben, auf dem Boden des heutigen Systems nach Verbesserungen, nach erweiterten Lebensmöglichkeiten für die Arbeiterschaft zu suchen. Unsere Arbeitsbeschaffungspläne mußten deshalb auf die kapitalistische Gegenwart zugeschnitten sein. Wir haben damals einen Kreditbedarf von 2 Milliarden angenommen, um 1 Million Arbeiter für ein ganzes Jahr zu beschäftigen. Wir wollten 2 Milliarden für tatsächliche und unmittelbare Arbeitsbeschaffung, der Regierungsplan will 2,2 Milliarden Steuer-schneidungen an die Unternehmer verteilen, und das ist es wohl, was manche Inflationsorgie beschwichtigt hat.

Der Reichskanzler hat in seiner Münchener Rede sich dagegen verwahrt, daß die Regierung Milliardenbeschenke an die Unternehmer verteile, ihr Ziel sei, den Arbeitslosen zu helfen. Aber die Tatsache, daß die Grundlage des Planes in der geschenkreichen Konkurrenz bekommt Einstellungsprämien und Lohnsenkungen, der geschlagene bekommt nichts und soll außerdem noch höhere Löhne zahlen als der andere.

Der theoretisch normale Fall des Planes ist der, daß bei Neueinstellungen 55 bis 60 vH des neuen Lohnes durch die Lohntribute der Beschäftigten aufgebracht werden sollen. Dazu kommt dann noch die Einstellungsprämie. Wenn beispielsweise ein Unternehmer mit 100 Arbeitern bei durchschnittlich 60 Pf.

Tarifflohn und vierzigstündiger Arbeitszeit 25 neue Leute zu dem gleichen Lohnsatz einstellt, dann bekommt der Unternehmer wöchentlich aus Einstellungsprämien und Lohnsenkungen 567,30 M. Der gesamte Lohn der Neueingestellten macht 600 M aus, so daß ihm 700 Vollarbeiter in der Woche nur 32,70 M Lohn kosten. Aber noch ganz andere Bereicherungsmöglichkeiten ergeben sich, wenn er die Einstellungen in den unteren Tarifgruppen vornimmt. Beträgt in dem angenommenen Falle der Durchschnittslohn der Neueingestellten nur 20 Pf. in der Stunde, dann sieht die Rechnung so aus:

Einstellungsprämien	192,30 M
Lohnabzüge	325,—
insgesamt Zuschüsse	517,30 M
insgesamt Neulohn	200,—
Reingewinn	317,30 M

Zu diesen 317,30 M hat der Unternehmer noch die Arbeit der Neueingestellten völlig kostenlos. (Lautes: Hört, hört!) In Kottbus läuft zur Zeit noch ein Kampf bei der Firma Enke. Da sind 70 Arbeiter neu eingestellt, und nach der Notverordnung soll die Belegschaft 12½ vH von ihrem Wochenlohn opfern. Für diese Firma hätte sich die Rechnung folgendermaßen gestaltet: An Einstellungsprämien 540 M, an Lohntributen 875 M, zusammen 1415 M, während der Lohn der Neueingestellten nur 1240 M ausmacht. Also hier neben der kostenlosen Arbeit von 70 Arbeitskräften einen Reingewinn von 175 M in der Woche. Und den Arbeitern, die sich dieses Exempel nachrechnen, will man zumuten, für solch unmoralisches Geschäft ihre Lohntüte hinzuhalten?

Eine Unmöglichkeit ist der § 7 der Verordnung, der „gefährdete Betriebe“ dadurch retten will, daß er dem Schlichter das Recht gibt, für sie den Tarifflohn bis zu 20 vH zu senken. Wenn diese Idee in das allgemeine Arbeitsrecht eingefügt werden sollte, wäre das schließlich das Ende der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse.

Die Arbeiterschaft fühlt sich durch die Notverordnung vom 5. September vorgezwungen, sie fühlt sich einseitig und mit empörender Ungerechtigkeit zu Opfern herangezogen, die für



Die notverordneten Stützen des bankrotten Kapitalismus

sie untragbar und für den wirtschaftlichen Zweck nicht nur entbehrlich, sondern geradezu hemmend sind. Wenn die von der Lohnsenkung betroffenen Arbeiter aus ihrem Konsum nun vielleicht das letzte herausstreichen müssen, was außer Miete und einfacherer Ernährung noch darin stand, dann begreifen sie viel besser als irgendein gelehrter Nationalökonom, daß dies das Gegenteil von wirtschaftlicher Ankurbelung bedeutet.

Wir verhehlen nicht, daß wir auch den Wirtschaftsplan für schlecht halten. Ginge es nach unseren Wünschen, würden wir ihm gern nicht 1½ Millionen, sondern 6 Millionen Mehrbeschäftigter zubilligen. Wozu aber die unnötige soziale Quälerei der Notverordnung vom 5. September? Würde diese Verordnung wieder aufgehoben, so wäre der Wirtschaftsplan nicht im geringsten gefährdet. Der wohlhabende Bürger mag sich denken, daß ein Lohnverlust von „nur“ 2 bis 3 M für den einzelnen in der Woche doch nicht gar so tragisch wäre. Für den Arbeiter aber mit 20 bis 25 M regelmäßigem Einkommen kann dieser Verlust gerade so viel bedeuten, daß er anfängt, sich nach dem Gasschlauch umzusehen. (Sehr richtig!) Die Regierung gibt sich einer großen Täuschung hin, wenn sie glaubt, dadurch Ruhe bekommen zu können, daß sie die Gewerkschaften schwachmatt zu setzen versucht. Wenn ihr das wirklich gelänge, so hätte das noch keine andere Bedeutung, als

daß der Abwehrkampf auf einen anderen Boden abgedrängt würde und in Formen, die der Regierung, aber auch den Unternehmern noch sehr viel weniger Freude bereiten würde, als der geordnete Gewerkschaftskampf.

Die Regierung sollte sich hüten, den Bogen zu überspannen. Die Staatsautorität kann nicht schlimmer erschüttert werden, als wenn das offenkundige Recht bei denen ist, die sich gegen Gesetze und gegen die Staatsautorität zur Wehr setzen, weil sie es müssen. Denn es gibt ein Naturrecht, das höher steht als alles geschriebene Recht, das von keinem Staatsakt und von keiner Obrigkeit annulliert werden kann: das Naturrecht der geschundenen Kreatur gegen sinnlose Vergewaltigung. Die Regierung hat es noch in der Hand, ihren Wirtschaftsplan von den offenkundigen antisozialen Fehlkonstruktionen zu bereinigen, und wir fordern sie dringend auf, damit nicht länger zu zögern. (Stürmische Zustimmung.)

Sodann sprach Clemens Nörpel über den

Kampf um die Wiederherstellung des kollektiven Arbeits- und Tarifrechts

Zu Beginn betonte der Redner, daß sich die Regierung klar darüber sein müsse, daß die Arbeiterschaft jetzt um die ihr durch die Verfassung gewährleistete Gleichberechtigung kämpfe. Durch die Eingriffe der Regierung in die Normenwirkung der Tarifverträge und durch die teilweise Beseitigung der Unabdingbarkeit sei die Vertragstreue stark erschüttert worden. Aus staatspolitischen und rechtlichen Erwägungen halten, wie der Redner weiter ausführt, die Gewerkschaften die Eingriffe in das Tarifrecht und in die Unabdingbarkeit nicht für rechtswirksam. Nach wie vor besteht bei der Verminderung der Tarifföhne auf Grund der Notverordnung vom 5. September 1932 auch die Kampffreiheit aus folgenden Gründen:

1. weil die Vollmacht des Reichspräsidenten an die Reichsregierung in der Verordnung vom 4. September 1932, II. Teil: Sozialpolitische Maßnahmen, § 1 nicht mit dem Artikel 49 der Reichsverfassung vereinbar und daher unzulässig ist;

2. weil diese Vollmacht nur die Vereinfachung und Verbilligung von sozialen Einrichtungen gestattet und der Tarifvertrag keine soziale Einrichtung, sondern ein Rechtsinstitut ist;

3. weil der Eingriff in die Unabdingbarkeit als Verstoß gegen Artikel 165, Absatz 1, Satz 2 der Reichsverfassung unzulässig ist;

4. weil die Verordnung vom 5. September 1932 nur das Verhältnis von Arbeitgeber zu Arbeiter regelt;

5. weil trotzdem der Reichsarbeitsminister seine Meinung über die bestehende Friedenspflicht in einer Rechtsverordnung niedergelegt hat, diese nicht durch § 13 der Verordnung vom 5. September 1932 getragen wird, da es sich nicht um eine Ergänzung, sondern vielmehr um eine unzulässige Änderung und Erweiterung dieser Verordnung handelt.

Wie will man von den Gewerkschaften verlangen, daß sie diesen Arbeitern klarmachen sollen oder auch nur können, daß abgeschlossene Tarifverträge nicht mehr gelten sollen? Haben nicht Regierung, öffentliche Meinung und Unternehmer in Zeiten der Konjunktur, wenn für die Arbeiter Tarifbindungen eine starke Belastung gewesen sind, stets mit Überzeugung und Entschiedenheit auf die Tariftreue hingewiesen? Kann man den Sinn eines Vertrages überhaupt anders erklären, als daß er die Schwankungen zugunsten oder zuungunsten des einen oder anderen Vertragsteiles während der Vertragsdauer eben ausgleichen soll? Hat der Abschluß eines Vertrages noch einen Zweck, wenn dieser Vertrag doch nicht mehr gilt? Haben Regierung, Öffentlichkeit und Arbeitgeber wirklich ein Interesse daran, den Arbeitern einzuhämmern, daß es eine Vertragstreue nicht mehr gibt?

Die Unternehmer haben darüber hinaus sogar die Beseitigung des Schlichtungswesens überhaupt gefordert. Ob diese Stimmung bei Reichsregierung und Unternehmern inzwischen nicht schon wieder umgeschlagen ist, kann unerörtert bleiben. Maßgebend ist für die Gewerkschaften allein, daß Tarifverträge, die nicht einmal mehr Mindestlebensbedingungen gewährleisten, und ein Schlichtungswesen, das nur gegen die Arbeiterklasse gerichtet ist, für die Arbeiter ohne Interesse sind. (Allgemeine Zustimmung.)

Neuerdings finden innerhalb der Reichsregierung Erörterungen darüber statt, ob man nicht etwa für alle öffentlichen Verwaltungen und Betriebe die Maßregelungsschutzvorschriften des § 84 Abs. 1 Ziff. 4 des BRG vorübergehend aufheben könne. Das wird damit begründet, daß man den öffentlichen Körperschaften die Möglichkeit geben müsse, ihre Arbeiter von Zeit zu Zeit auszutauschen. Es ist dann nur noch ein weiterer Schritt in dieser Entwicklung, auch für die privaten Verwaltungen und Betriebe diese Schutzbestimmung aufzuheben. Auch das liegt in der Linie der gegenwärtigen Politik. Alles Recht der Arbeiter soll beseitigt werden. Der Arbeiter wird Objekt im Staatsleben.

Unternehmer und Großagrarien erhalten Subventionen über Subventionen, ohne daß die Regierung auch nur den Versuch unternimmt, in die Staatsbürgerrechte dieser Schichten einzugreifen. Den Arbeitern wird materiell genommen und immer wieder genommen, und geradezu mit Selbstverständlichkeit werden auch die Staatsbürgerrechte der Arbeiter beseitigt. Die verfassungsmäßige Freiheit der Arbeiterklasse, ihre Geschicke zu bestimmen, wird nur noch von der Reichsregierung ausgeübt. Was Freiheit ist, kann aber nur derjenige entscheiden, der frei sein soll! Die Freiheit ist das höchste Gut aller Menschen, auch der Arbeiter. (Stürmischer Beifall.)

Sodann unterbreitete der Leiter der Versammlung, Kollege Aufhäuser, eine Entschleßung, worin die Ausführungen der beiden Redner niedergelegt sind. Nachdem die Entschleßung einstimmig gutgeheißen war, richtete der Vorsitzende in bereiten Worten die Mahnung an alle Arbeiter, mit den Gewerkschaften für das von der Regierung schwer bedrohte Daseinsrecht der Arbeiterklasse zu kämpfen. Eine Mahnung, die von keinem Hand- und Kopfarbeiter überhört werden sollte.

Entschleßung

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung krankt an inneren Widersprüchen. Die Regierung will die Deflation bekämpfen und den Binnenmarkt beleben, senkt aber die Löhne und Gehälter. Sie will die Produktion steigern und Arbeit beschaffen, erschwert aber durch die Kontingenterungspolitik die industrielle Ausfuhr und zerstört vorhandene Arbeitsmöglichkeiten.

Diesen Widersprüchen des Wirtschaftsprogramms entspricht ein unsozialer Geist. Die Rechte und Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter und Angestellten werden den Wünschen der Landwirtschaft und Großindustrie geopfert. Nachdem das Einkommen der Arbeitnehmer bereits auf ein unerträglich niedriges Maß gesenkt worden ist, werden Löhne und Gehälter erneut unter Druck gestellt. Während Industrie und Landwirtschaft Steuergeschenke erhalten, wird die Lebenshaltung der Arbeitnehmer durch den Kurs der Handelspolitik und die Erhöhung von Massensteuern erneut belastet. Während die Rechte der Arbeitgeber erweitert werden, unterhöhlt man das Tarifrecht und zerstört damit die Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechts. Die Regierung nutzt zugleich ihre Machtstellung dazu aus, um die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften zu lähmen.

Die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober sind für die Arbeiterschaft unerträglich. Die erzwungene Lohnsenkung steht im Widerspruch zu den Erklärungen des Reichspräsidenten, wonach „der Lebensstandard der Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt“ bleiben soll. Die Gewerkschaften fordern daher von der Reichsregierung, die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober aufzuheben.

Durch die krasse Ungerechtigkeit der Regierungsmaßnahmen ist bereits eine tiefe Erbitterung und Entrüstung ins Volk getragen. Diese Politik schafft immer neue Unruhe und zerstört damit die Voraussetzung für eine Belebung der Wirtschaft. Eine Regierung, die das Lebensrecht der Arbeiterschaft mißachtet, setzt sich mit der Mehrheit des Volkes in Widerspruch. Ihr fehlt das Vertrauen des Volkes, das allein echte Autorität begründet.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß der Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft zugleich der ganzen deutschen Wirtschaft dient. Alle Sozialpolitik, die auf das Wohl der arbeitenden Klasse abgestellt ist, die der Erhaltung und Verbesserung der menschlichen Arbeitskraft dient, die durch die Pflege der Massenkraft die Voraussetzung für die Erhöhung des wirtschaftlichen Umsatzes schafft, ist Wirtschaftspolitik im besten Sinne des Wortes. Man kann die Krise nicht dadurch überwinden, daß man den Arbeitswillen lähmt und sich nur auf die Initiative der Unternehmer verläßt, sondern allein mit dem Einsatz aller verfügbaren Mittel durch die öffentliche Hand. Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften die Abkehr von überlebten Wirtschaftsformen und die Einleitung einer Neuorganisation der Wirtschaft mit dem Ziele planmäßiger Wirtschaftsführung.

